



Lesbenberatung Berlin e.V.
Kulmer Str. 20 a
10783 Berlin
www.lesbenberatung-berlin.de
030. 21 72 753



LesMigraS
Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der
Lesbenberatung Berlin e.V.
www.lesmigras.de
030. 21 91 50 90

Stellungnahme zur Situation von asylsuchenden LSBTIQ in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften in Berlin

Durch vermehrte Meldungen von Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen von asylsuchenden LSBTIQ in Unterkünften, einer Umfrage unter Unterkünften (Anhang) sowie einem Austauschtreffen zur Evaluation der Bedarfslage von asylsuchenden LSBTIQ wurde deutlich, dass LSBTIQ Gewalt und Diskriminierungen in den Unterkünften erleben und in den meisten Fällen wenig Unterstützung von Seiten bestehender Strukturen erhalten.

Bedarfslage

Zusammenfassend lässt sich die aktuelle Situation von asylsuchenden LSBTIQ wie folgt beschreiben:

- Gewalt und Diskriminierung durch andere Bewohner_innen,
- verunsichernde und unangenehme Momente in den Mehrbettzimmern mit anderen Asylsuchenden,
- Angst vor Coming Out und diskriminierenden und gewaltvollen Reaktionen in der Unterkunft,
- Überforderung der Leitung und des Personals mit den diskriminierenden Situationen in den Unterkünften,
- Wenige bzw. keine sensibilisierten Ansprechpersonen für ihre Belange in den Unterkünften oder Beratungsstellen,
- Angst davor, dass die Familien in den Heimatländern informiert werden, gerade wenn sie noch kein Coming Out hinter sich haben bzw. wenn das Thema Homosexualität in den Heimatländern tabuisiert ist,
- Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen auf der Straße,
- Unsicherheit und Unwissenheit, wie die einzelnen Menschen, von denen sie abhängig sind, z.B. Behörde, Ärzt_innen, Lehrer_innen (in den Sprachschulen) auf ihre Homosexualität bzw. ihre Genderidentität, auch in Verwobenheit mit ihrem Asylantrag, reagieren.

Hinzu kommen ein allgemeiner psychischer und persönlicher Druck, teilweise traumatisierende Erfahrungen während der Flucht und Einschränkungen in ihren Handlungsmöglichkeiten durch Asyl- und Aufenthaltsrecht und die Lebenssituation in den Unterkünften.

Notwendige Maßnahmen

Um dieser Situation zu begegnen und Gewalt und Diskriminierungserfahrungen von asylsuchenden LSBTIQ etwas entgegenzusetzen, braucht die Stadt Berlin dringend:

- Etablierung von diskriminierungssensiblen **Erstaufnahmeeinrichtungen** und **Unterkünften** für LSBTIQ durch Qualifizierungsmaßnahmen des Personals und der Leitung sowie Unterstützung und Sensibilisierung der **Verwaltung** (LAGESO, ZAA, BAMF, Senatsverwaltung für Soziales und Sensibilisierung der **Sprachmittler_innen**)
- Schaffung von qualifizierten Ansprech- und Beratungsstrukturen für asylsuchende LSBTIQ durch Sensibilisierung der bestehenden Flüchtlings- und LSBTIQ-Beratungsstellen und Vernetzung der Bereiche LSBTIQ und Flüchtlingsarbeit, **Konfliktmanagement** zwischen asylsuchenden LSBTIQ und Anderen sowie regelmäßigen **fachlichen Austauschs** aller relevanten Akteur_innen
- Aufklärung und Unterstützung von Asylsuchenden (mehrsprachige Informationsmaterialien über bestehende Beratungsstrukturen und Handlungsmöglichkeiten bei Gewalt und Diskriminierung, mehrsprachige Beratungen vor Ort und außerhalb der Unterkunft, Casemanagement: Begleitung und Weitervermittlung, sowie stärkende Veranstaltungen und Gruppen)

Notwendige kurzfristige Maßnahmen

Die Erfahrungen der Berliner Beratungs- und Unterstützungslandschaft zeigen die Notwendigkeit dringender kurzfristiger Maßnahmen zur sofortigen Unterstützung von asylsuchenden LSBTIQ und deren Unterstützungsgruppen. Diese Unterstützung lässt zur Zeit lange auf sich warten. So fühlen sich asylsuchende LSBTIQ und Berliner Beratungsstellen in der Auseinandersetzung mit hoch traumatisierenden Gewalterfahrungen, mit denen sie zu kämpfen haben – in den Heimatländern, auf der Flucht und in den Berliner Unterkünften, Ämtern und öffentlichem Raum – von der Politik und Verwaltung allein gelassen. Die Belastung und Hilflosigkeit sind alarmierend und werden nachhaltige negative Auswirkungen auf Asylsuchende und Beratungsstellen haben, sollten Politik und Verwaltung nicht sofort handeln.

Hierbei gibt es einen hohen Bedarf an folgenden sofortigen Maßnahmen:

- Bereitstellung von Mitteln zu konkreter Unterstützung von asylsuchenden LSBTIQ (Beratung, Begleitung, Dolmetschen, Informationen über Handlungsmöglichkeiten)
- Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung der Beratungsstellen (Supervision, Austauschgruppen)
- Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung von Unterstützungsgruppen aus der Zivilgesellschaft (Konfliktmanagement, Mediation, Supervision)

Anhang: Auswertung der Befragung von Aufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünften und Beratungsstellen für Asylsuchende

2014 haben wir einen Fragebogen an alle Flüchtlingsunterkünfte in Gesamtberlin geschickt, um ein Bild über die Situation von den dort untergebrachten LSBT zu bekommen. In dem Fragebogen wurde nach Anzahl der LSBT Asylsuchenden in den Unterkünften, nach der Lebenssituation von LSBT in den Unterkünften, nach eventuellen Beschwerden über Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen, nach Handlungsstrategien der Einrichtungsleitungen und des Personals und nach möglichem Bedarf gefragt. 11 Unterkünfte haben unseren Fragebogen beantwortet.

Ergebnisse

5 von 11 Unterkünften antworten, dass sie keine Fälle von LSBT im Haus haben bzw. dass sie keine Ahnung haben, da die sexuellen Lebensweisen nicht abgefragt werden. Eine Einrichtung schreibt, dass sie aus Datenschutzgründen keine Informationen über Bewohner bekannt geben möchten. Diese fünf Unterkünfte schreiben ebenso, dass sie keinen spezifischen Bedarf an Handlungsstrategien sehen, was wie folgt begründet wird:

„Unsere vor Ort ansässigen Sozialarbeiter kümmern sich um Belange jeglicher Art, die an sie seitens der Bewohner an sie herangetragen werden. Diese sind in der Lage bei entsprechenden Auffälligkeiten die notwendigen Maßnahmen einzuleiten und dem Bewohner als Stütze zur Seite zu stehen. Aufgrund ihrer Berufung und unserer Mitarbeiterverpflichtung sind diese zur absoluten Verschwiegenheit ggü. Dritten verpflichtet“ (Unterkunft Nr. 3)

„Bei eventuell auftretenden Problemen wurde/wird unsererseits sofort reagiert.“ (Unterkunft Nr. 8)

„Es gibt also keine Diskriminierung seitens der Bewohner und erst recht nicht durch das Personal, wir sind immer stets bemüht alle Bewohner gleich zu behandeln und willkommen zu heißen.“ (Unterkunft Nr. 6)

Das Spannende ist, dass wir aus einer der Unterkünfte, die laut Eigenangabe keine Fälle hatte, zwei schwule Klient_innen in der Lesbenberatung zur Beratung hatten, die in dieser Unterkunft viele Gewalterfahrungen gemacht haben. Einer von ihnen hatte sogar Gespräche darüber mit dem Personal geführt und im Zuge dessen die Erleichterung bekommen, häufiger außerhalb der Unterkunft übernachten zu können. Diese

„Sonderbehandlung“ führte allerdings eher dazu, Aggressionen von Seiten anderer Bewohner_innen gegenüber dieser Person hervorzurufen. Diese Differenz in den erhaltenen Informationen könnte ein Zeichen schlechter Kommunikation innerhalb der Unterkunft bzw. fehlende Sensibilität in Bezug auf Gewalterfahrungen (von LSBT) in den Unterkünften und die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit dieser Problematik und Entwicklung von passenden Handlungsstrategien sein. Die Antwort, die eine dieser 5 Unterkünfte gegeben hatte, bestätigt diese Vermutung:

„auch ich habe davon gehört (aber nur gerüchteweise, nichts Konkretes)...“

6 der 11 angefragten Unterkünfte antworten, dass sie einzelne schwule, lesbische oder Trans* Bewohner_innen gehabt hatten. In einem Fall gab es ein Pärchen. Allerdings ist die Anzahl der berichtenden Asylsuchenden in diesen Unterkünften im Vergleich zu denjenigen, die unseren Verein aufgesucht haben, sehr gering (die Mehrheit der Fälle, von denen uns berichtet worden sind, betreffen ein Wohnheim, das „in den letzten **zehn Jahren** ca. 8 bekannte Personen“ gehabt hatte).

Sie schreiben allerdings: „Die Person befindet sich in einer schwierigen Situation, da sie Angst hat, als LSBT erkannt und diskriminiert werden“ (Unterkunft Nr. 9)

Oder: „Häufig **nicht** mitgeteilt, aber bei manchen **vermutet**.“ (Unterkunft Nr. 4)

Im Gegensatz zu den Unterkünften, die mitteilten, sie hätten keine LSBT Bewohner_innen gehabt, schreiben diese 6 Unterkünfte, dass

1. LSBT Personen in ihren Unterkünften gewalttätige Übergriffe und Diskriminierungen erlebt haben (allerdings berichten sie nur von Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen innerhalb der Unterkunft).
2. sie bestimmte Handlungsstrategien entwickelt haben:
 - durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales Einzelunterkünfte zu organisieren
 - bei eventuell auftretenden Problemen mit LesMigraS oder anderen Beratungsstellen Kontakt aufzunehmen und Kontaktdaten mitzuteilen
3. bestimmter Bedarf zur Intervention von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen von LSBT in den Unterkünften formuliert wurde:
 - Ansprechpartner_innen für LSBT und deren Situationen
 - spezifischer Beratungsbedarf
 - keine Unterbringung in Mehrbettzimmern (das wird als sehr problematisch bezeichnet)
 - Bedarf an Einzelzimmern innerhalb der Einrichtungen

Ebenso haben wir einen zweiten **Fragebogen an Beratungsstellen** und an andere **NGOs** mit Arbeitsschwerpunkt Migration, Antirassismus und LSBTI Lebensweisen geschickt und nach ihren Erfahrungen über die Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen von asylsuchenden LSBT gefragt.

Sie berichten von vermehrter Inanspruchnahme von Beratungen durch Asylsuchende, die in den letzten Jahren in den Flüchtlingsunterkünften mit Gewalt und Diskriminierung konfrontiert waren und sind. Sie schildern, dass die Personen sich in einer schwierigen Situation befinden, da „die Personen, die noch nicht geoutet sind, Angst davor haben, als LSBT erkannt und diskriminiert zu werden.“ Die bereits geouteten Personen erleben immer wieder „physische und psychische Gewalt, sexuelle Belästigung von Seiten anderer Bewohner_innen“.